

INTERPELLATION**der UDC/SVP-Fraktion, durch Grossrat Jean-Luc Addor, betreffend: freier
Personenverkehr, freie Immigration (16.06.2005) 1.034
(in Zusammenarbeit mit dem DVR)**

Sollte die Osterweiterung des Abkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Union vom Schweizervolk angenommen werden, so kämen in einer Übergangsphase verschiedene Einschränkungen der Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus den betroffenen Ländern (Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Zypern und Malta) zum Tragen.

Gleichzeitig hat die vom Schweizervolk am 5. Juni 2005 angenommene Ratifizierung des Schengen-Abkommens zur Folge, dass die systematischen Personenkontrollen an der Grenze schon lange vor Ablauf dieser Übergangsphase abgeschafft werden.

Der Schweizer Arbeitsmarkt dürfte für diese Billigarbeitskräfte, die im EU-Raum (also bis zur Schweizergrenze), aber noch nicht in der Schweiz von der Freizügigkeit profitieren, wie ein Magnet wirken und zu einer massiven illegalen Einwanderung über die ungeschützte Grenze führen. Diese Einwanderungswelle wird zu einem Lohndumping führen und zahlreiche Arbeitsplätze, die gegenwärtig von Schweizern besetzt sind, gefährden.

Wir wollen deshalb vom Staatsrat Folgendes wissen:

1. Hat sich das Wallis als Grenzkanton auf diese Situation vorbereitet und sind Massnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung und des Lohndumpings in dieser Übergangsphase geplant?
2. Falls ja, welche Massnahmen sind im Falle einer Ratifizierung des Protokolls zum Abkommen über die Freizügigkeit vorgesehen, um eine massive Zunahme der Arbeitslosigkeit unter der einheimischen Bevölkerung zu verhindern?

Sitten, den 16. Juni 2005
(10.40 Uhr)

UDC/SVP-Fraktion, durch
Jean-Luc Addor, Grossrat